

Antrag

der Abgeordneten Christine Scheel, Kerstin Andreae, Dr. Gerhard Schick, Birgitt Bender, Alexander Bonde, Dr. Thea Dückert, Anja Hajduk und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verlässliche und aussagekräftige Datenbasis für die Ermittlung der Unternehmenssteuern erfassen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Derzeit liegen auf Bundesebene kaum empirische amtliche Echtdateien zur Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland vor. Entsprechende Entscheidungen müssen deshalb bisher auf der Grundlage vager Annahmen und Vermutungen gefällt werden. Es fehlt eine belastbare Datengrundlage, um tragfähige Entscheidungen zu fällen, wie eine volkswirtschaftlich sinnvolle Unternehmenssteuerreform aussehen soll.

Schon bei einer einfachen Bestandsaufnahme, wie viel Steuern Unternehmen tatsächlich zahlen, gehen die Expertenmeinungen weit auseinander. Die Analyseergebnisse reichen von Aussagen, Deutschland sei mit einer Unternehmenssteuerbelastung von 10 Prozent eine Steueroase, bis zur These, Deutschland sei mit einer Unternehmenssteuerbelastung von über 40 Prozent ein Hochsteuerland. Sämtliche Analysen stützen sich auf „Hilfswahlen“ und Berechnungsmodelle, die letztlich angreifbar sind.

Umso schwieriger ist es, die Auswirkungen solcher hochkomplexer Steuerrechtsänderungen zutreffend einzuschätzen, wie sie die Bundesregierung mit der Unternehmenssteuerreform plant. Die bisher bekannt gewordenen Abschätzungen der finanziellen Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform stehen auf tönernen Füßen.

Der Deutsche Bundestag soll bis zur Sommerpause über die geplante Unternehmenssteuerreform beraten und entscheiden. Er benötigt eine glaubwürdige Beratungsgrundlage. Die tatsächlichen Auswirkungen der geplanten Steuerrechtsänderungen müssen für den Gesetzgeber transparent sein. Denn mit dem anvisierten Gesamtvolumen der Reform von fast 30 Mrd. Euro geht auch ein erhebliches Risiko für die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen einher. Ohne eine deutlich verbesserte Datenbasis wird Steuerpolitik zur Glaubensfrage. Im Sinne einer soliden Finanzpolitik ist es deshalb dringend notwendig, eine verlässliche und aussagekräftige Datengrundlage für die Ermittlung der Unternehmenssteuern auf der Basis von Echtzahlen zu erfassen.

Da die Finanzämter vor Ort bereits über dieses Datenmaterial verfügen, wie hoch die Steuerlast der Unternehmen wirklich ist, kann eine repräsentative und anonymisierte Stichprobe erhoben werden, ohne dass dies zusätzlichen bürokratischen Aufwand für die Unternehmen verursacht.

Auf dieser Grundlage muss dann als nächster Schritt ein Simulationsansatz ermittelt werden, mit dem Auswirkungen konkreter Steuerrechtsänderungen sowohl auf die Unternehmen als auch auf das Steueraufkommen berechenbar werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dem Gesetzgeber umgehend eine aussagekräftige Datenbasis zur tatsächlichen Unternehmensteuerbelastung vorzulegen. Denn nur so können die Auswirkungen und damit die Sinnhaftigkeit der Unternehmenssteuer-Reformpläne der Bundesregierung verlässlich abgeschätzt werden.

Berlin, den 9. Februar 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion